

➔ **Pressemitteilung zur überörtlichen Prüfung der Stadt Ahaus durch die gpaNRW**

„Robuste Haushaltssituation, aber der Konsolidierungsdruck wird zunehmen“

Ahaus / Herne, 29. April 2026. Im Rahmen der turnusmäßigen Prüfungen von Kommunen in NRW durch die Gemeindeprüfungsanstalt (gpaNRW) wurden jüngst auch im Rat der Stadt Ahaus die von der gpaNRW analysierte Haushaltssituation und die Prüfungsergebnisse vorgestellt. Die Empfehlungen in den weiteren untersuchten Prüfgebieten und Handlungsfeldern haben Prüfer Markus Daschner, Projektleiter Holger Pohl und Abteilungsleiter Manfred Wiethoff der Lokalpolitik präsentiert.

Die Haushaltssituation der Stadt Ahaus ist robust. Im Betrachtungszeitraum 2019 bis 2023 wurden einwohnerbezogen durchgehend bessere Jahresergebnisse als in drei Viertel der Vergleichskommunen erzielt und das Nettovermögen kontinuierlich ausgebaut. „Ahaus gehört so zur Spitzengruppe der mittleren kreisangehörigen Kommunen mit der höchsten Eigenkapitalquote“, lobt Abteilungsleiter Manfred Wiethoff. Für die kommenden Jahre rechnet Ahaus jedoch mit zunehmenden Belastungen für die Haushaltswirtschaft und Fehlbeträgen, die sich bis 2028 auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag summieren. Das finanzielle Polster der Ausgleichsrücklage reicht indes voraussichtlich aus, um bis auf weiteres zumindest einen fiktiven Haushaltsausgleich zu ermöglichen. „Zur Finanzierung geplanter Investitionen werden aber stärker als bisher Kreditaufnahmen nötig sein, so dass der Konsolidierungsdruck für Ahaus zunehmen wird“, warnt Manfred Wiethoff.

Weniger Schulden als die meisten Vergleichskommunen

Denn die Stadt Ahaus hat zwar eine vergleichsweise komfortable Ausgangssituation zur Bewältigung der zu erwartenden Ergebnisbelastungen. „Allerdings ist sie stärker als viele andere Kommunen von den Steuern und ähnlichen Erträgen abhängig. Es wird daher wesentlich darauf ankommen, wie schnell, umfassend und stetig sich die Wirtschaftskraft erholt. Diese Entwicklung kann die Stadt nur sehr begrenzt beeinflussen“, erklärt Projektleiter Holger Pohl. Die positive Entwicklung der letzten Jahre führt indes auch zu einer guten Liquiditätslage. Dank einer hohen Selbstfinanzierungskraft konnte die Stadt ihr laufendes Geschäft und auch einen Anteil ihrer Investitionen mit eigenen Mitteln finanzieren. Holger Pohl: „Die städtische Verschuldung ist daher deutlich niedriger als bei den meisten Vergleichsstädten.“

In der Zahlungsabwicklung ist die Stadt Ahaus grundsätzlich gut aufgestellt und bestrebt, die Prozesse kontinuierlich weiter zu verbessern. Die gpaNRW begrüßt die neue Dienstanweisung für das Finanzwesen, in der auch die Prozessabläufe verschriftlicht werden sollten. „Die Stadt schafft dadurch eine verbindliche Grundlage für die einheitliche Abwicklung ihres Forderungsmanagements“, so Holger Pohl. Das Personal in der Zahlungsabwicklung wird durch einen hohen Anteil an SEPA-Mandaten in der Bearbeitung der Zahlungseingänge entlastet. Die weitere

angestrebte Verbuchung via E-Payment wird den Automatisierungsgrad zudem verbessern.

Optimierungspotential sieht die gpaNRW insbesondere bezogen auf den hohen Aufwand der Bearbeitung von Forderungen und der so zahlreichen Vorgänge für die Vollstreckung. Der Bestand der Vollstreckungsforderungen wird zwar mit Effizienz und hoher Erfolgsquote abgebaut, die Belastung je Vollzeitstelle ist aber immer noch deutlich höher als bei den meisten Vergleichsstädten.

Die technischen Voraussetzungen für digitale und hybride Gremiensitzungen schaffen

Die Stadt hat ihre Gremienarbeit entsprechend den allgemeinen und formalen Anforderungen organisiert und die hierfür eingesetzten Mittel sind im interkommunalen Vergleich eher gering. Gleichwohl wurden in Ahaus mehr freiwillige Ausschüsse gebildet, in denen auch eine über-durchschnittliche Zahl an sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern vertreten ist, als in der Mehrzahl der Vergleichsstädte. Das städtische Sitzungsmanagement bietet eine gute Grundlage für die lokalpolitische Arbeit. Allerdings führt die hohe Anzahl an Anträgen zu einer größeren Belastung der Verwaltung als in drei Vierteln der Vergleichskommunen. „Die Stadt sollte daher mit den Gremienvertretungen erörtern, ob und inwieweit Optimierungsmöglichkeiten zu einer Verringerung der Antragszahlen beitragen können“, empfiehlt Prüfer Markus Daschner. Ähnlich verhält es sich mit den Dringlichkeitsentscheidungen, insbesondere für Vergaben. Ein weiterer Beschluss durch ein politisches Gremium ist aus Sicht der gpaNRW nicht erforderlich und nicht sachgerecht und sollte beendet werden. Die Digitalisierung der Gremienarbeit ist in Ahaus bereits weit fortgeschritten. Allerdings fehlen der Stadt noch die technischen Voraussetzungen für digitale und hybride Gremiensitzungen. Diese sollte sie zeitnah realisieren, um auch in Krisenlagen handlungsfähig zu sein. *Anmerkung der Stadt Ahaus: Zur neuen Sitzungsperiode wurde die Anzahl der Ausschüsse bereits von 14 auf elf reduziert und die Entscheidung von Vergaben durch den Rat eingestellt.*

Die Stadt Ahaus ist in den eng verzahnten Aufgabenbereichen Personal, Organisation und IT bereits gut aufgestellt. Sie profitiert dabei von grundlegenden strategischen Vorgaben. Zudem verfügt sie bereits über zahlreiche strukturierte und standardisierte Verfahrensweisen. Beim Personalmanagement steht die Stadt, wie die meisten Kommunen, vor der großen Herausforderung, die Aufgabenwahrnehmung mit zunehmend älter werdendem Personal sicherzustellen.

Die Stadt sollte daher ihre bewährten Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung, zum Wissenstransfer und zur organisatorischen Weiterentwicklung konsequent fortführen. Unterstützen kann dabei die digitale Transformation der Verwaltung. „Auch in diesem Bereich ist die Stadt schon weiter fortgeschritten als die meisten Vergleichskommunen“, lobt Markus Daschner. IT-Governance, IT-Betrieb und IT-Service-Management sind insgesamt zweckmäßig ausgestattet. Handlungsbedarf besteht aus Sicht der gpaNRW noch hinsichtlich einer stärkeren operativen Unterlegung der strategischen Vorgaben.

Erreichung der Klimaschutzziele bedeutet eine wachsende finanzielle Herausforderung

Die Stadt Ahaus engagiert sich seit geraumer Zeit für den Klimaschutz. Handlungsleitend ist dafür seit 2022 ein Klimaschutzkonzept mit konkreten

Maßnahmen. Die im Jahr 2025 aktualisierte Treibhausgasbilanz macht erste Erfolge messbar. Die Stadt konnte ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 2019 verringern. Ziel ist es, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Stadt insgesamt bis 2045 bilanziell treibhausgasneutral werden. Eine wesentliche Stellgröße für die Zielerreichung in der Stadtverwaltung ist die Gebäudewirtschaft. Im Klimaschutzkonzept ist diesbezüglich vorgesehen, einen Fahrplan zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes zu erstellen. Die für eine vollständige Treibhausgas-Neutralität der Gebäude erforderlichen Gelder hat Ahaus allerdings noch nicht quantifiziert. Nach einer Prognoserechnung der gpaNRW müsste die Stadt bis 2045 durchschnittlich 15,9 Mio. Euro pro Jahr zur Ertüchtigung des Gebäudebestandes bereitstellen. Markus Daschner: „Dies wird, angesichts der bereits dargelegten defizitären Haushaltsplanung, eine steigende Herausforderung sein.“

Im zunehmend wichtiger werdenden Aufgabengebiet des kommunalen Krisenmanagements erreicht Ahaus bereits ein überdurchschnittliches Niveau. Relevante Risiken und Gefahren hat die Stadt identifiziert. Sie hat diese hinsichtlich potenzieller Personenschäden oder der Beeinträchtigung kritischer Infrastruktur bewertet. „Allerdings fehlt noch eine zusammenfassende systematische Ermittlung bezüglich Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit. Diese könnte Ahaus als Steuerungsinstrument nutzen, um Risiken nachvollziehbar zu dokumentieren und zu priorisieren“, so Projektleiter Holger Pohl. Überregionale Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das Zwischenlager für radioaktiven Abfall. Die Stadt arbeitet dabei bereits eng mit dem Kreis Borken und der Bezirksregierung Münster zusammen.

Spontanhelfende können die Handlungsfähigkeit im Krisenfall unterstützen

Die Stadt verfügt über einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE). Diesem steht ein auch in Krisensituationen funktionsfähiger Stabsraum zur Verfügung. Ausstattung, Zuständigkeiten sowie Arbeitsweisen des SAE hat sie in einer Dienstanweisung geregelt. Die gpaNRW begrüßt die Absicht, diese mit der Festlegung von Arbeitsplätzen zu ergänzen, um die Handlungsfähigkeit im Krisenfall sicherzustellen. Holger Pohl: „Zudem ist es sinnvoll, die koordinierte Einbindung von Spontanhelfenden zu regeln. Diese können die Einsatzkräfte wirkungsvoll unterstützen und entlasten.“ Positiv ist zudem, dass die Stadt die für den SAE vorgesehenen Mitarbeitenden umfassend schult und regelmäßig Übungen durchführt. Um ihr kommunales Krisenmanagement stetig weiterzuentwickeln, sollte sie diese strukturiert nachbereiten und die Ergebnisse erfolgter Überprüfungen dokumentieren.

„Unser ausführlicher Prüfungsbericht gibt Ihnen Hinweise, um Ihre schöne Stadt noch besser für die Herausforderungen der Zukunft aufzustellen. Zudem steht Ihnen die gpaNRW mit ihrem erprobten Beratungsangebot bei Bedarf gerne weiter zur Seite“, unterstreicht Manfred Wiethoff.

Bürgermeisterin Karola Voß erklärt abschließend zu den Ergebnissen der gpaNRW: „Die Schwerpunktprüfungen der gpaNRW helfen uns bei der Einordnung unserer Aufgabenqualität und der Finanzlage. Uns ist bewusst, dass wir in den letzten Jahren sehr stark von der Wirtschaftskraft unserer Unternehmen profitiert haben und deshalb derzeit vergleichsweise gut aufgestellt sind. Ich freue mich als Bürgermeisterin besonders, dass die Prüfung durchweg die gute qualitative Arbeit meiner Mitarbeitenden unterstrichen hat. Um auch für die Zukunft gut aufgestellt zu

sein und nicht auf Kosten von Kindern und Enkelkindern zu leben, werden wir künftig den Euro zweimal umdrehen müssen, bevor wir diesen ausgeben. Aber auch kluge und innovative Anpassungen werden uns helfen, weiterhin für attraktive Rahmenbedingungen in unserer Stadt zu sorgen.“

Infos zur gpaNRW und deren turnusgemäßen Prüfung

Die gpaNRW hat die Stadt Ahaus im Rahmen der turnusgemäßen Prüfung aller mittleren kreisangehörigen Kommunen mit einer Einwohnerzahl von bis zu 60.000 in folgenden Prüfgebieten untersucht:

- Finanzen
- Zahlungsabwicklung und Vollstreckung
- Gremienarbeit
- Personal, Organisation und IT
- Gebäudewirtschaft – Klimaschutz
- Kommunales Krisenmanagement

Alle Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zu den thematischen Handlungsfeldern sind im Prüfungsbericht für die Stadt Ahaus zusammengefasst.

Die gpaNRW ist Teil der staatlichen Aufsicht des Landes über die Kommunen und wurde im Jahr 2003 gegründet. Sie hat ihren Sitz in Herne. Ihr ist durch Gesetz und Gemeindeordnung die überörtliche Prüfung aller 396 Kommunen, der 30 Kreise sowie der Städteregion Aachen, der beiden Landschaftsverbände und des Regionalverbandes Ruhr (RVR) übertragen. Präsident der gpaNRW ist seit 15. September 2023 Bürgermeister a. D. Michael Esken.

Die ausführlichen Prüfungsberichte mit allen Prüfgebieten, Handlungsfeldern und Empfehlungen veröffentlicht die gpaNRW unter www.gpa.nrw.de